Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 11.10.2007 um 18.25 Uhr
im Historischen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Bürgermeister Böhm (für Oberbürgermeister Moser)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein
Stadtrat Schardt
Stadtrat Rank

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Heisel

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller
Stadtrat Schmidt
Stadträtin Richter (für Stadtrat May)

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Popp

AG Gold/ödp

2. Bgmin. Gold

Berufsmäßige Stadträte: Groß

Berichterstatter:

Rechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Dipl.-Ing. Lepelmann
Stadtheimatpfleger Bilz (Ziffer 3)
Adem Can, Jugendbürgermeister (Ziffer 7)
Frau Elzenbeck, Stadtjugendpflege (Ziffer 7)
Herrn Paul, Vorsitzender Stadtmarketingverein (Ziffer 8)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Konrad

Stadträtin Stocker
Stadtrat Mahlmeister
Stadträtin Wachter
Stadträtin Schmidt
Stadträtin Sagol

Entschuldigt fehlen:

Oberbürgermeister Moser
Stadtrat May

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Aussetzung der Stellplatzablöse im Bereich Altstadt; Ablauf oder Beschluss über Verlängerung

- A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht auf die Aussetzung der Stellplatzablöse ein.
Stadtrat Müller spricht sich für eine weitere Aussetzung der Stellplatzablöse aus und bittet zunächst über den UsW-Antrag, die Ablöse in der Innenstadt bis auf weiteres auszusetzen, abzustimmen.

Stadtrat Popp fragt nach dem Ergebnis, was die Aussetzung der Stellplatzablöse gebracht hätte. Falls dies positiv für die Stadt gewesen sei, dann sollte man nochmals aussetzen, falls nicht, dann bittet er von einer erneuten Aussetzung abzusehen.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass hierzu bis zur Stadtratssitzung etwas vorgelegt werde.

Stadtrat Rank weist darauf hin, dass man die Stellplatzablöse in der Innenstadt nochmals aussetzen sollte, jedoch befristet bis 2011.

Bürgermeister Böhm schlägt mit Blick auf „Natur in Kitzingen 2011“ vor, die Stellplatzablöse in der Innenstadt bis 2012 auszusetzen.

B. Mit 3 : 10 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die Satzung über die Stellplatzablöse im Bereich Altstadt (Grenzen: Hindenburgring West, Hindenburgring Nord, Main, Hindenburgring Süd) bis auf weiteres auszusetzen

C. Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, die Satzung über die Stellplatzablöse im Bereich Altstadt (Grenzen: Hindenburgring West, Hindenburgring Nord, Main, Hindenburgring Süd) bis 2012 auszusetzen

2. Natur in Kitzingen/Grün in Kitzingen Hier: Begrünung entlang der B 8 (Bereich Siedlung)

- A. Dipl. – Ing. Lepelmann geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass das Straßenbauamt beide Linksabbiegerspuren in der Siedlung verkürzen möchte. Dabei entstand die Idee, diesen Bereich zu begrünen. Das Straßenbauamt trage dabei die Kosten der Baumaßnahme, die Stadt die Kosten der Begrünung. Seiner Auffassung nach, sei dies die einzige Möglichkeit den Stadteingang in diesem Bereich zu begrünen. Abschließend geht er auf die Problematik hinsichtlich der in diesem Bereich verlaufenden Schwertransporte der Fa. Huppmann ein, die man bei der Planung bedenken müsse.

Stadträtin Wallrapp als Umweltreferentin spricht sich für die Begrünung aus, wobei man die Kitzinger Firma bei den Schwertransporten nicht einschränken dürfe. Ihrer Auffassung nach sollte man die Höhe der Bepflanzung regulieren.

Im Folgenden Diskutieren die Stadträte über den Verwaltungsvorschlag und sprechen sich grundsätzlich für die Begrünung aus. Aufgrund der durchzuführenden Schwertransporte sollte man auf die Höhe und die Art und Weise der Bepflanzung achten. Hier werden Vorschläge von der Stadtgärtnerei erbeten.

2. Bürgermeisterin Gold spricht in diesem Zusammenhang die Zäune im Bereich dieser Stadteinfahrt an und ist der Auffassung, dass diese ebenfalls abgerissen werden müssten, um den Bereich durch eine Seitenbegrünung aufzuwerten.

Bürgermeister Böhm schlägt vor, im Beschlussentwurf die Höhenbegrenzung von 60 cm festzulegen und verweist den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktion bzw. Gruppen.

B. Ohne Abstimmung

Bürgermeister Böhm gibt den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktion und Gruppen.

3. ISEK Kitzingen/Natur in Kitzingen/Grün in der Stadt Hier: Evtl. Baumnachpflanzung am Platz der Partnerstädte

A. Stadtheimatpfleger Bilz geht im Folgenden anhand einer Präsentation auf die mögliche Umgestaltung des „Platz der Partnerstädte“ ein und stellt dar, welche vielfältigen Möglichkeiten man habe den Platz zu nutzen und geht exemplarisch auf Konzerte (mit verschiedenen Sitzvarianten) Feste, Märkte oder einem Christbaumverkauf als mögliche Erweiterung des Weihnachtsmarktes ein. Er stellt dar, dass gerade zum jetzigen Zeitpunkt, da die Buche gefällt sei und man den Platz gestalterisch neu ordnen könne, neben einer erneuten Baumpflanzung auch derartige Überlegungen anstellen müsse. Er weist darauf hin, dass mit einer entsprechenden Aufwertung des Platzes auch das Stadtzentrum aufgewertet werde.

B. Ohne Abstimmung

Vom Vortrag von Stadtheimatpfleger Bilz wird Kenntnis genommen.

4. Konversion ISEK Nebenbahn Kitzingen-Etwashausen/Schweinfurt

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Für die Entwicklung der Stadt Kitzingen ist die Aufrechterhaltung der Verkehrsinfrastruktur und des Betriebes der Nebenbahn Kitzingen/Etwashausen-Schweinfurt von besonderer Bedeutung.
Die Stadt spricht sich daher für den Erhalt der Strecke aus.

5. Konversion

ISEK
ÖPNV - Verkehrsanbindung/Marshall Heights

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Eine Anbindung des Entwicklungsbereichs Marshall Heights an den ÖPNV wird derzeit nicht weiterverfolgt.

6. Konversion

ISEK
Antrag Runte und Fahrschule Müller Kitzingen
auf Errichtung einer Berufsfachschule für Kraftfahrer im Bereich Larson

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass aufgrund des Entwicklungskonzeptes (Flächen noch nicht verfügbar) und der städtebaulichen Situation (Nähe zum Wohngebiet, Immision) der Antrag nicht weiterverfolgt werden könne.

Stadtrat Müller als Antragsteller spricht zunächst seinen Unmut darüber aus, dass der Antrag über einen derartig langen Zeitraum nicht behandelt wurde. Er gibt insoweit Recht, dass die Konversionsflächen aufgrund der Altlastenproblematik hierfür nicht verwendet werden könnten, fragt aber nach, ob Herr Runte diesbezüglich alternative Flächen angeboten wurden.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß weist darauf hin, dass man Herr Runte die Entscheidung mitgeteilt und gleichzeitig darauf hingewiesen habe, dass man für weitere Gespräche gerne bereit sei. Nachdem bislang seinerseits keine Rückmeldung kam, werde die Stadt nochmals an ihn herantreten.

Stadtrat Rank drückt sein Unverständnis dahingehend aus, dass bei der Vielzahl von Flächen, die im Stadtgebiet freigeworden seien, keine Fläche für den Antragsteller zur Verfügung stehe. Seiner Auffassung nach müsse die Vermarktung der Gebiete beginnen.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß stellt dar, dass die Zusammenarbeit mit der Bima derzeit sehr gut verlaufe und das Problem der Verfügbarkeit an den Altlasten liege. Solange dies nicht geklärt sei, könne keine Veräußerung vorgenommen werden.

B. Mit 11 : 2 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Der Antrag zur Errichtung einer Berufsfachschule für Kraftfahrer im Bereich der Konversionsfläche Larson Barracks – Gebäude A 83 u. 95 wird unter Beachtung des Entwicklungskonzeptes und der Städtebaulichen Situation (nahes Wohngebiet) abgelehnt.
- C. Stadtrat Müller gibt zu Protokoll, dass er aufgrund der Eigentumsverhältnisse und der Begründung, dass es ohnehin keine weitere Lösung gebe, dagegenstimmt habe. Ferner bittet er um weitere Gespräche mit Herr Runte.

7. Errichtung einer Anlaufstelle für Jugendliche in der Siedlung

- A. Oberamtsrat Hartner geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage ein und stellt die Chronologie der Anträge der Damen Gold/Schmidt sowie des weiteren Antrages der KIK (Soziale Stadt) dar. Des Weiteren erläutert er die Thematik hinsichtlich der Auflösung des Bewohnervereins, dessen Räumlichkeiten an die Stadt zurückfallen und diese als Interimplösung für einen Jugendtreff in der Siedlung genutzt werden könnten, bis die baulichen Voraussetzungen an der Siedlung geschaffen seien. Weiter geht er auf die vielfältigen Aufgaben der Stadtjugendpflege ein und bezieht sich dabei hauptsächlich auf die zu leistende Präventionsarbeit und erklärt, dass teilweise auch Jugendliche betreut würden, für die in erster Linie das Landratsamt zuständig wäre (Jugendamt). Oberamtsrat Hartner weist abschließend darauf hin, dass ein weiterer Jugendtreff, der in der Siedlung errichtet werden soll, nicht ohne entsprechendes Personal umgesetzt werden könnte.

Frau Elzenbeck geht im Folgenden auf die Jugendarbeit- sowie den Jugendtreff in der Siedlung ein und stellt fest, dass dieser dringend benötigt werde. Sie hofft, dass die Hortlösung, wie dies vom Stadtrat am 05.07.2007 beschlossen wurde, nach der Umbaumaßnahme der Siedlungsschule greife. Hinsichtlich der möglichen Interimplösung erklärt sie, dass beide Lösungen ihre Vor- aber auch Nachteile haben. Das Cafestübchen sei zwar ein fester Standort, der teilweise auch eingerichtet ist, jedoch erreiche man hiermit nur die Nordseite der Siedlung. Mit dem Container erreiche man zwar die eigentliche Zielgruppe der Siedlung, er werde dadurch aber den Bereich der Egerländer Straße wieder vernachlässigen. Sie weist darauf hin, dass die Umsetzung beider Lösungen für die Jugendarbeit in der Siedlung am sinnvollsten wäre und erklärt, dass die Errichtung eines Jugendtreffs eine Personalmehrung nötig mache.

Stadträtin Stocker als Familien und Jugendreferentin spricht sich ebenfalls nach deren Fertigstellung für die Unterbringung in der Hauptschule Siedlung (Hortlösung) aus. Bis dahin favorisiere sie die Containerlösung aus, da sie das Cafestübchen als nicht optimal ansehe. Hinsichtlich des Personals spricht sie sich für die Schaffung einer zunächst befristeten Halbtagsstelle aus.

Adem Can, Jugendbürgermeister stimmt den Aussagen von Herrn Hartner und Frau Stocker zu und befürwortet ebenfalls die Containerlösung. Dies berge aber die Gefahr, dass die Siedlung durch die entsprechende Positionierung des Jugendtreffs in zwei Lager aufgeteilt werde. Die Schule wäre auch für ihn die bessere Lösung. Er spricht sich ebenfalls für die Einstellung weiteren Personals aus.

Stadträtin Schmidt als Antragstellerin spricht sich gegen das Cafestübchen aus und befürwortet die Containerlösung da sich auch die (Miet)kosten hierfür im Rahmen halten. Beim Cafestübchen würde ebenfalls durch Innere Verrechnungen Kosten verursacht. Weiter ist sie der Auffassung, dass eine Halbtagskraft zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben notwendig sei. Sie bittet um Zustimmung, damit der Jugendtreff in der Siedlung umgesetzt werden könne.

Stadtrat Popp als weiterer Antragsteller spricht sich für die Forcierung der Antragstellung „Sozial Stadt“ aus, damit dieser Stadtteil wieder in einem besseren Licht erscheint.

Stadtrat Heisel weist darauf hin, dass der Umbau der Schule somit auch die Möglichkeit auf Nutzung für die Stadtjugendpflege noch etwas Zeit beanspruchen werde und man daher bereits jetzt tätig werden müsste. Wenn man es direkt auf dem Schulgelände in Form des Containers umsetze, könnte es Beschwerden durch die Anlieger geben. Er weist auch darauf hin, dass zusätzliches Personal gebraucht werde. Allein durch Ehrenamtlichkeit sei dies nicht zu leisten.

Stadträtin Wallrapp bittet sich nochmals Gedanken hinsichtlich eines alternativen Standortes für den Container zu machen, spricht sich jedoch für selbigen aus. Sie weist aber auch darauf hin, dass das Cafestübchen ebenfalls eine bestimmte Zielgruppe anspreche.

Weiter erklärt sie, dass man das Projekt „Soziale Stadt“ voranbringen und die entsprechenden Punkte in der Arbeitsgruppe „Sozial Stadt“ ansprechen und diskutieren sollte. Als Grundlage hierfür sollte man die Unterlage von Herrn Hummel von der Stadt Augsburg nehmen.

Stadtrat Rank stört sich an der mit der Errichtung des Jugendtreffs geknüpften Stellenmehrung und möchte wissen, welche Maßnahmen konkret wegfallen würden, wenn die Stadtjugendpflege die Siedlung mit dem bereits bestehenden Personal betreuen würde.

Frau Elzenbeck erläutert, dass man überlegt habe, wie eine Umschichtung erfolgen könne und weist darauf hin, dass dies nicht über die Veranstaltungen zu machen sei. Beispielsweise fand im Jahr 2007 kein „Fit for Fun“ statt. Der wesentliche Anteil ihrer Arbeit besteht in der „echten“ Jugendarbeit. Sie weist darauf hin, dass täglich die Jugendlichen mit diversen Problemen in die Jugendtreffs kommen. Sie weist darauf hin, dass durch die entstehende Mehrarbeit keine Veranstaltungen wegfielen sondern, dass hierdurch die Jugendlichen in der Beratungs- und Hilfefunktion vernachlässigt werden müssten. Ebenfalls würde die Unterstützung des Jugendstadtrats wegfallen.

Stadtrat Weiglein erklärt, dass die Stadt Kitzingen Aufgaben übernehme, für die eigentlich das Landratsamt in Form des Jugendamtes zuständig sei. Er äußert seinen Unmut darüber, dass das Landratsamt die Stelle des Streetworkers streiche und die Stadt Kitzingen für die Siedlung eine weitere Stelle schaffen müsse. Weiter bittet er, die Siedlung nicht derart schlecht zu reden, denn seiner Auffassung nach, gebe es auch in anderen Stadtteilen soziale Brennpunkte – wenn auch nicht in dieser Breite.

Stadträtin Schmidt weist nochmals darauf hin, dass der Container lediglich gemietet und nicht fest installiert werde, da nach der Fertigstellung der Schule, Räumlichkeiten dort für die Jugendpflege genutzt werden sollen. Die Halbtagsstelle sollte man zunächst bis zur Fertigstellung der Schule (2 Jahre) befristen.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

- C. Stadtrat Müller stellt fest, dass der Antrag in den Haushaltsberatung befürwortet wurde und es in heutiger Sitzung um die Platzierung der Zwischenlösung gehe. Er weist darauf hin, dass ein fester Jugendtreff in der Siedlung dringend benötigt werde. Den Container könne er sich lediglich als Zwischenlösung vorstellen. Stadtrat Müller sieht ebenfalls das Landratsamt in der Pflicht und ist der Auffassung, dass die Stadtjugendpflege bei klar erkennbaren Fällen, diese an das Landratsamt weiterleiten sollte.

Bürgermeister Böhm weist abschließend darauf hin, dass in heutiger Sitzung kein Beschluss gefasst sondern nach Beratung in den Fraktionen und Gruppen die Entscheidung in der Stadtratssitzung am 18.10.2007 getroffen werde. Herr Groß wird in diesem Zusammenhang kurz über die „Soziale Stadt“ berichten.

D. Ohne Abstimmung

Bürgermeister Böhm verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung in die Fraktion und Gruppen.

8. Weinfeste 2008 ff.:

hier: Präsentation der Rahmenbedingungen des Stadtmarketing-Vereins für die Vergabe

- A. Oberamtsrat Hartner geht eingangs darauf ein, dass nach der Beschlussfassung des Stadtrates am 26.07.2007 der Stadtmarketingverein ein Konzept für die Durchführung des Weinfestes 2008 erstellt habe.

Herr Paul, Vorsitzender des Stadtmarketingvereins geht im Folgenden auf das Konzept des Stadtmarketingvereins ein und stellt die einzelnen Abschnitte des Geländes dar (Strand, Bocksbeutelbar, Verkaufsanlagen, Synagogenplatz, Bühne auf dem Main). Seiner Auffassung nach könne man mit diesem Konzept die nötige Aufwertung des Weinfestes erreichen. Im Folgenden geht er auf die nötigen Investitionen für neue Hütten und Lauben sowie der Umgestaltung der Bockbeutelbar ein und beziffert diese auf ca. 69.000,00 €. Diese Kosten würden auch bei einem anderen Anbieter anfallen, um eine Aufwertung des Festes zu erlangen. An den Bauhofsleistungen (Auf- und Abbau, Reinigung des Platzes) gebe es im Vergleich zu den Vorjahren keine Veränderungen, die Herr Paul auf 8.000,00 € beziffert. Abschließend weist er darauf hin, dass das Kitzinger Weinfest eine Veranstaltung der Stadt Kitzingen sei, auch wenn es der Stadtmarketingverein durchführe. Der Verein würde sich freuen, das Weinfest 2008 mit seinem Konzept durchführen zu dürfen.

Bürgermeister Böhm weist darauf hin, dass die Verwaltung sich für die Durchführung des Stadtmarketingvereins ausspreche.

Die Stadträte haben im Folgenden verschiedene Fragen zu den Kosten des laufenden Betriebs bzw. zum Vorgehen des Stadtmarketingvereins, worauf Herr Paul hinweist, dass die Kosten noch detailliert dargelegt werden müssten und man die Stände verpachten würde um über eine Standgebühr Einnahmen zu erhalten.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über das weitere Vorgehen und kommen überein, dass das Konzept des Stadtmarketingvereins sehr ansprechend sei und der Verein sein Konzept im Jahr 2008 durchführen sollte. Hinsichtlich der Kosten bitten sie den Stadtmarketingverein bis zur Stadtratssitzung am 18.10.2007 eine Kostenschätzung vorzulegen, wonach man ein mögliches Budget festlegen könne.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Weiglein wird stattgegeben.

C. Ohne Abstimmung

Bürgermeister Böhm gibt den Punkt zur weiteren Beratung in die Fraktion und Gruppen.

9. Eisgasse 6, Kitzingen-Repperndorf
Gebäudesanierung
Auftragsvergabe – Rohbauarbeiten (VOB)

Ohne Abstimmung

Den Auftrag für die Rohbauarbeiten in der Eisgasse 6, Kitzingen-Repperndorf erhält die Firma Rank Bauunternehmen GmbH, Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 43.025,14 €, einschl. 19 % MwSt. und 3 % Nachlass.

10. Eisgasse 6, Kitzingen-Repperndorf

Gebäudesanierung
Auftragsvergabe – Zimmererarbeiten (VOB)

Ohne Abstimmung

Den Auftrag für die Zimmererarbeiten in der Eisgasse 6, Kitzingen-Repperndorf erhält die Firma König – Holzbau, 97320 Albertshofen.

Die Auftragssumme schließt mit 20.130,30 €, einschl. 19 % MwSt. und 3 % Nachlass.

11. Eisgasse 6, Kitzingen-Repperndorf
Gebäudesanierung
Auftragsvergabe – Dachdeckerarbeiten (VOB)

Ohne Abstimmung

Den Auftrag für die Zimmererarbeiten in der Eisgasse 6, Kitzingen-Repperndorf erhält die Firma Kaidel GmbH, 97318 Kitzingen.

Die Auftragssumme schließt mit 28.978,50 €, einschl. 19 % MwSt..

12. Budgetabrechnung der Steuerverwaltung für das Haushaltsjahr 2006

Ohne Abstimmung

Der Budgetüberschuss in Höhe von 1.626,56 € aus dem Haushaltsjahr 2006 wird zu 70 Prozent (= 1.139,00 €) auf das Budget 2007 übertragen.

Bürgermeister Böhm schließt die öffentliche Sitzung um 21.20 Uhr.

gez.

Bürgermeister

gez.

Protokollführer